



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

EUROPAS PARLAMENT – ANERKANNT, ABER UNBEKANNT

- | | |
|--|---|
| ■ ANALYSE | |
| Die Polen über das Europäische Parlament ein Jahr vor den Wahlen
Agnieszka Łada, Warschau | 2 |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT | |
| Einstellungen zu europäischen Institutionen | 5 |
| ■ CHRONIK | |
| 2. – 15. Oktober 2018 | 9 |

Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen erscheint mit einer Wahlanalyse nach dem zweiten Wahlgang der Selbstverwaltungswahlen am 12. November 2018.

Die Polen über das Europäische Parlament ein Jahr vor den Wahlen

Agnieszka Łada, Warschau

Zusammenfassung

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 sind für die EU-Bürger eine Möglichkeit, die politische Machtverteilung in Europa mitzubestimmen. Obwohl die polnische Gesellschaft die Mitgliedschaft Polens in der EU deutlich befürwortet, ist seit dem EU-Beitritt (2004) ein ebenso deutliches Desinteresse zu beobachten, an den Europawahlen teilzunehmen. Gründe dafür sind sowohl eine allgemeine Politikverdrossenheit, die u. a. auf die politischen Konflikte in Polen zurückzuführen ist, als auch Unkenntnis über die Bedeutung und das Funktionieren europäischer Institutionen. Es bedarf einer Informations- und Motivationskampagne, um den polnischen EU-Bürgern ihre Rolle bei der Entscheidung über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments bewusst zu machen.

In wenig mehr als einem halben Jahr, vom 23. bis 26. Mai 2019, werden die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Trotz der großen Unterstützung für die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union war die Wahlbeteiligung in Polen bei den letzten Wahlen katastrophal niedrig und dabei eine der niedrigsten in der EU (2004: 21 Prozent, 2009: 25 Prozent, 2014: 24 Prozent), wenngleich die Wahlbeteiligung auch in den anderen EU-Staaten recht niedrig ist und weiter sinkt.

Die Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung in Polen sind vielfältig. Den Polen ist die Politik verleidet und sie glauben nicht an die Bedeutung ihrer abgegebenen Stimme. Untersuchungen des Meinungsforschungsinstituts *CBOS* vom August 2018 zeigen, dass aktuell fast zwei Drittel der Befragten (63 Prozent) nicht der Meinung sind, dass Menschen wie sie Einfluss auf die Angelegenheiten des eigenen Landes haben. Dieser Anteil ist seit Jahren hoch. Zwar ist er seit dem Jahr 2004, als er 83 Prozent betragen hatte, gesunken, aber in den letzten drei Jahren hielt er sich auf dem Niveau von 56 bis 63 Prozent. Ein wichtiger Grund für die geringe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ist seit dem Beitritt Polens zur EU außerdem das Nichtwissen darüber, wie diese Institution funktioniert und auf welche Art und Weise die Europaabgeordneten gewählt werden. Dies belegen klar die Untersuchungen der öffentlichen Meinung in Polen, die regelmäßig vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten (*Institut Spraw Publicznych – ISP*) durchgeführt werden. Hinzu kommt, dass traditionell nur eine kleine Gruppe Polen die Wahlen zum Europäischen Parlament für wichtig hält: In einer Befragung von *CBOS* im Sommer 2018 war es nur ein Viertel der Befragten (24 Prozent). Eine geringe oder sogar verschwindend geringe Bedeutung schrieb ihnen insgesamt die Hälfte der Befragten zu (49 Prozent). Zum Vergleich: Große Bedeutung maßen 35 Prozent der Befragten den Wahlen zum polnischen

Parlament (*sejm*) zu, 38 Prozent den Präsidentenwahlen in Polen und noch mehr, 43 Prozent, den Wahlen auf lokaler Ebene.

Die Europawahlen im Jahr 2019 werden in Polen in einer besonderen Zeit stattfinden – ein halbes Jahr nach den Selbstverwaltungswahlen und ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen, was zur Folge hat, dass sie als Test für die Unterstützung für die polnischen Parteien betrachtet werden. Die polarisierte politische Szene in Polen und die tiefgehende Spaltung der polnischen Gesellschaft können zusätzlich die Einstellung zu den Europawahlen beeinflussen, die gewöhnlich als weniger wichtig angesehen werden.

Deutliche Unterstützung für die Mitgliedschaft Polens in der EU

Die Untersuchungen zeigen, dass die Polen die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union weiterhin wollen. Diese Antwort wählte die deutliche Mehrheit der Befragten (79 Prozent). Gleichzeitig wünscht sich die größte Gruppe, dass der gegenwärtige Stand der Integration aufrechterhalten bleibt (44 Prozent). Für die Reformierung der EU spricht sich gut ein Drittel der Polen aus (35 Prozent). Nur vier Prozent sind für den Austritt aus der Union. Relativ groß ist die Gruppe derer, die keine Antwort geben konnten (17 Prozent).

Für den Verbleib in der EU und die Beibehaltung des aktuellen Status sprechen sich im Vergleich zu den anderen Altersgruppen häufig die jüngsten Befragten aus (58 Prozent). Gleichzeitig hat jeder Fünfte dieser Gruppe keine Meinung zu dem Thema (20 Prozent).

Die EU-Institutionen werden mehr wertgeschätzt als die nationalen

Die Tätigkeiten der EU-Institutionen bewerten die Polen positiv. Über die Hälfte der Befragten äußern sich positiv über die Europäische Kommission (53 Prozent) und das Europäische Parlament (56 Prozent). Diese

Anteile sind mehr als zweimal so hoch wie die negativen Bewertungen. Jeder Fünfte Befragte hat allerdings Schwierigkeiten, die Frage zu beantworten.

Werden diese Antworten mit der Wahrnehmung der nationalen Institutionen, der Regierung und dem Sejm, konfrontiert, lassen sich deutliche Unterschiede feststellen. Die Hälfte der befragten Polen bewertet die nationalen Institutionen schlecht (49 bzw. 50 Prozent). Dies stimmt mit den Meinungen überein, die die Polen in den jährlichen Umfragen von »Eurobarometer« kundtun.

Die Befragten, die die Arbeit des Europäischen Parlaments positiv bewerten, bewerten die Tätigkeit der Europäischen Kommission gewöhnlich ebenso. Die Nebeneinanderstellung der Beurteilungen der nationalen und der EU-Institutionen lassen keine augenfalligen Verbindungen erkennen.

Der Anteil der positiven Meinungen über die EU-Institutionen ist in den letzten Jahren gewachsen, gegenüber dem Europäischen Parlament um acht Prozentpunkte und um sechs Prozentpunkte gegenüber der Europäischen Kommission.

Die befragten Polen, die die Arbeit beider EU-Institutionen positiv bewerten (»eindeutig gut« und »eher gut«), sind häufiger für einen Verbleib in der EU in ihrem jetzigen Zustand. Dagegen wollen diejenigen, die die Antwort »eher schlecht« oder »eindeutig schlecht« bei der Frage nach dem Funktionieren des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission wählen, relativ häufiger in der EU bleiben, aber sie gleichzeitig reformieren. Diejenigen, die die beiden Institutionen sehr negativ bewerten, unterscheiden sich von diesen durch den Wunsch, Polen möge die EU verlassen.

Das fehlende Wissen über die Wahl der Abgeordneten ins Europäische Parlament

Ein Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament wusste über die Hälfte der Polen nicht, wie dessen Mitglieder gewählt werden – 34 Prozent gaben eine falsche Antwort an und 24 Prozent entzogen sich einer Antwort. Die korrekte Antwort, dass die Abgeordneten von allen Bürgern im Rahmen von Wahlen gewählt werden, gaben 43 Prozent der Befragten. Das Alter spielt in diesem Fall keine Rolle. Es gibt auch keine Korrelation zwischen der Bewertung der Tätigkeit des Europäischen Parlaments und dem Wissen, dass die Bürger die EU-Parlamentarier wählen.

Dieses Ergebnis unterscheidet sich nicht signifikant von dem vor vier Jahren. Damals, ebenfalls ein knappes Jahr vor den Wahlen, gaben 40 Prozent der befragten Polen die richtige Antwort. Die Differenz liegt also im Rahmen der statistischen Abweichung. Dieses Ergebnis ist allerdings schlechter als das vor den Wahlen im Jahr 2009 mit 52 Prozent. Damals wurde die Frage zwei

Mal gestellt – einmal vor den Wahlen, im April, und einmal anschließend, im August. Der Wahlkampf und die Wahlen haben zwar das Wissen über das Wahlrecht der Bürger beeinflusst, aber das Ergebnis von 57 Prozent der Befragten, die damals sagten, dass die Europaabgeordneten in allgemeinen Wahlen gewählt werden, kann nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Die Unsicherheit, wen der Europaabgeordnete repräsentiert

Nach dem EU-Vertrag (Art. 14, Absatz 2) setzt sich das Europäische Parlament aus den »Vertretern der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger« zusammen und nicht aus den »Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten«, wie es in dem Artikel des nicht mehr geltenden EG-Vertrags (EG-Vertrag, Art. 189) heißt. Danach gefragt, gab die Hälfte der Polen (50,5 Prozent) an, dass der Europaabgeordnete alle Bürger Polens repräsentiert. Die andere Hälfte der Befragten teilte sich ungefähr gleich auf die Antworten auf, dass er alle Europäer repräsentiert (16,5 Prozent) bzw. dass er die Wähler seines Wahlkreises repräsentiert (14 Prozent), oder hatte keine Meinung zu dem Thema (19 Prozent). Das Alter hat keinen Einfluss auf die Antwort.

Fehlende Unterstützung für die Idee des Spitzenkandidaten

Nach Ansicht eines Teils der Experten in Brüssel würde es die Wähler zur Stimmabgabe animieren, wenn die Parteifamilien Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission aufstellen würden. Angenommen wird, dass eine solche Personalisierung des Wahlkampfes die Bürger stärker interessieren würde. Dann würden nicht Gruppen von Kandidaten, die in Parteifamilien eingebettet wären, miteinander konkurrieren, sondern konkrete Personen.

Die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament, bei denen zum ersten Mal dieses Instrument angewendet worden war, zeigten, dass diese Annahme auf die Länder zutraf, aus denen die Kandidaten kamen bzw. auf die Länder, die dieselbe Sprache wie die Kandidaten sprachen. Dort waren die Kandidaten populärer, sie konnten effektiver ihren Wahlkampf führen und die Emotionen der Wähler wecken. In Polen zogen die Spitzenkandidaten weder die Wähler an die Urnen noch waren sie überhaupt bekannt. Bei den kommenden Europawahlen wird es vermutlich ähnlich sein.

Es zählen die Spaltungen der polnischen Parteien

Abstrakt bleibt für die Polen auch die Frage, welchen parlamentarischen Fraktionen die von ihnen gewählten Europaabgeordneten angehören. Theoretisch hängt

davon das Gewicht ihrer Stimme ab, denn die großen Fraktionen haben größere Chancen, ihre Ziele zu erreichen. Allerdings ist die Dynamik im Europäischen Parlament für den durchschnittlichen Bürger so unbekannt und undurchschaubar, dass der Aspekt der Einteilung der Parteien in Parteifamilien nur für eine Handvoll Wähler interessant ist. Für die Mehrheit der Wähler kann allerdings die binnenpolitische Teilung der politischen Bühne in Polen in zwei sich bekämpfende Blocks von Bedeutung sein.

Die aktuellen Polarisierungen auf der politischen Bühne in Polen demotivieren einerseits einen Teil der Bürger, sich irgendwie zu engagieren und an den Wahlen teilzunehmen. Sie haben deutlich das Interesse an den Politikern verloren und sehen keine Alternative unter ihnen, was zur Folge hat, dass sie zu Hause bleiben. Andererseits ist die Polarisierung eine Chance, denn sie kann auch Wähler motivieren, ihre Stimme abzugeben. Die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) wird wohl dazu aufrufen, ihr die Stimme zu geben, und damit überzeugen wollen, dass nur ihre starke Vertretung im Europäischen Parlament erlauben wird, die polnischen Interessen in der EU zu verteidigen. Die Opposition wird sicherlich auf die von der *PiS* ausgehende Gefahr eines langsam herbeigeführten EU-Austritts hinweisen, der man sich entgegenstellen müsse, indem man bei den Wahlen für proeuropäische Kräfte stimme. Die Befragungen von *CBOS* vom Mai 2018 bestätigen, dass die Gesellschaft bei der Bewertung der aktuellen Europapolitik Polens sehr gespalten ist. Die Hälfte der Befragten (51 Prozent) beurteilt sie positiv, ein Drittel (33 Prozent) negativ und einige Prozent haben keine Meinung. Die jüngsten Ergebnisse des *ISP* in der Reihe des »Deutsch-Polnischen Barometer« (»Barometr Polska-Niemcy«) vom Juni 2018 zeigen, dass ähnlich große Gruppen von Polen der Meinung sind, dass Polen lieber zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa beitragen sollte (45 Prozent) als

zur Verschärfung der Konflikte (40 Prozent). Allerdings werden sicherlich die Ereignisse und Themen der polnischen Innenpolitik den Wahlkampf dominieren (wie übrigens auch bei den vorangegangenen Europawahlen), umso mehr als ihr Ergebnis der letzte Stimmungstest vor den Sejmwahlen im Herbst 2019 sein wird.

Fazit

Trotz der großen Unterstützung der Polen für die Idee der europäischen Integration und der Zufriedenheit mit der Mitgliedschaft Polens in der EU kennen die Polen die europäischen Institutionen nicht und sind sich ihrer Rolle bei der Mitgestaltung der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments in Form der Stimmabgabe für einen Abgeordneten kandidaten nicht bewusst.

Die Ergebnisse der angeführten Untersuchungen sowie weiterer Studien über das Wissen der Polen über die Europäische Union und insbesondere das Europäische Parlament zeigen deutlich die Notwendigkeit, zwei einander ergänzende Maßnahmen durchzuführen. Erstens muss aktiv informiert werden, um die allgemeine Wissenslücke in Sachen EU und Europäisches Parlament zu schließen. Dazu muss gehören, die Rolle des Europäischen Parlaments und die Bedeutung seiner Entscheidungen für den Alltag der Europäer zu vermitteln. Zweitens muss für die Teilnahme an Wahlen geworben werden – und nicht nur an den Europawahlen. Die Polen zu informieren und zu motivieren, ist die gemeinsame Aufgabe der Kandidaten und Parteien, der staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen, der Medien und der europäischen Institutionen.

Es ist allerdings schwer vorherzusehen, ob solche oder andere Aktivitäten bzw. welche Faktoren entscheidende Bedeutung für die Wahlbeteiligung haben werden. Die Wahlen werden eine Geisel der innenpolitischen Lage in Polen sein. Letztlich wird diese die Wahlbeteiligung beeinflussen.

Die Daten zu den Einstellungen der Polen gegenüber der europäischen Integration und dem Europäischen Parlament wurden in Umfragen auf der Grundlage persönlicher Interviews (*CAPI*-Methode) generiert, die vom 12. bis 17. April 2018 von *IPSOS* im Auftrag des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (*Institut Spraw Publicznych – ISP*) durchgeführt wurden.

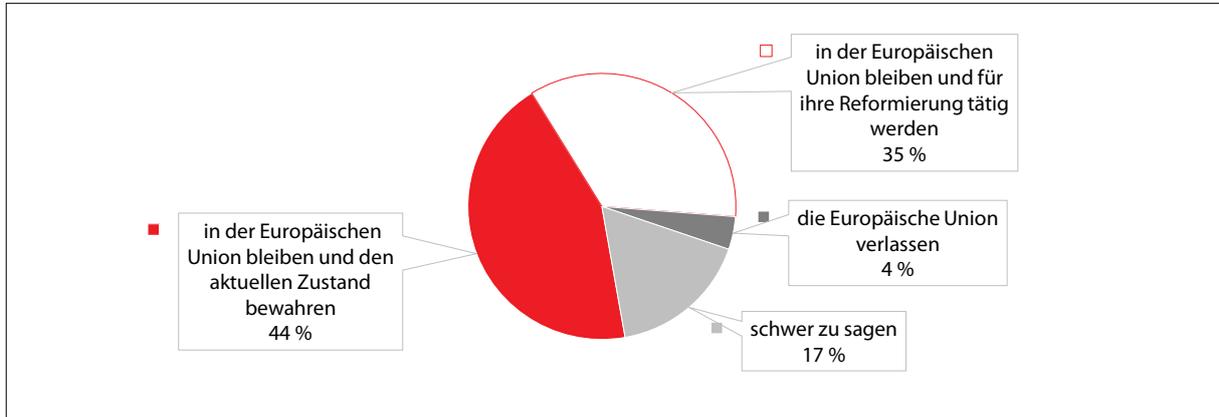
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin

Dr. Agnieszka Łada ist Direktorin des Europäischen Programms am Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau (*Institut Spraw Publicznych – ISP*, Warszawa). Sie ist Expertin für deutsch-polnische und europäische Themen.

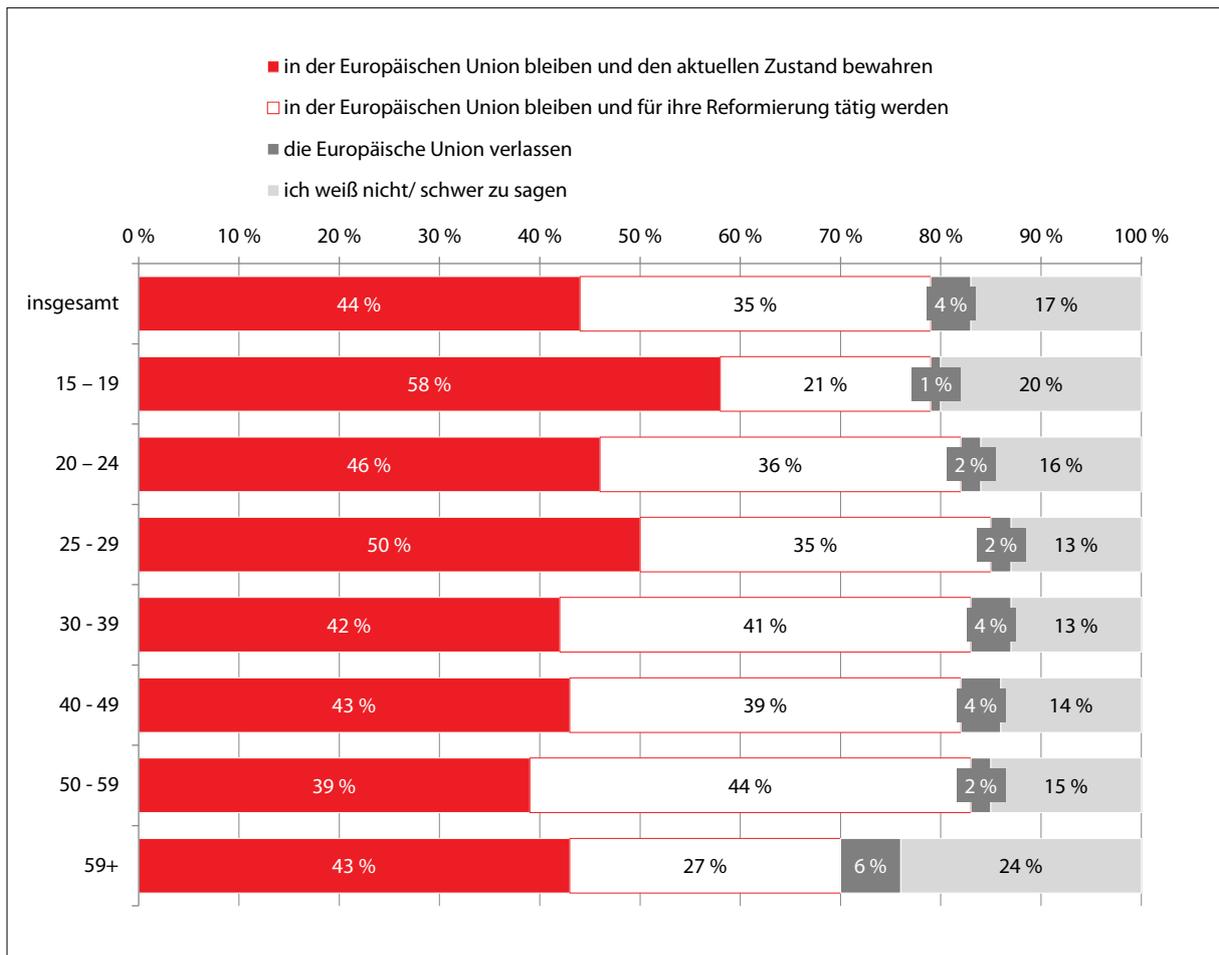
Einstellungen zu europäischen Institutionen

Grafik 1: Wie sollte die Zukunft Polens in Hinblick auf die Europäische Union aussehen?



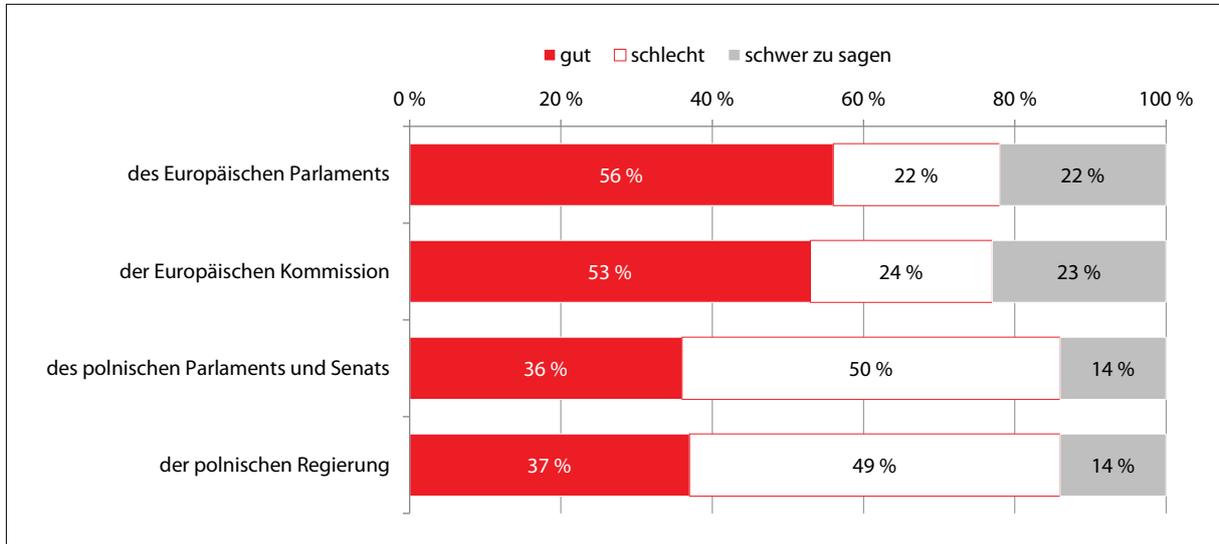
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2018

Grafik 2: Wie sollte die Zukunft Polens in Hinblick auf die Europäische Union aussehen? (Alter der Befragten)



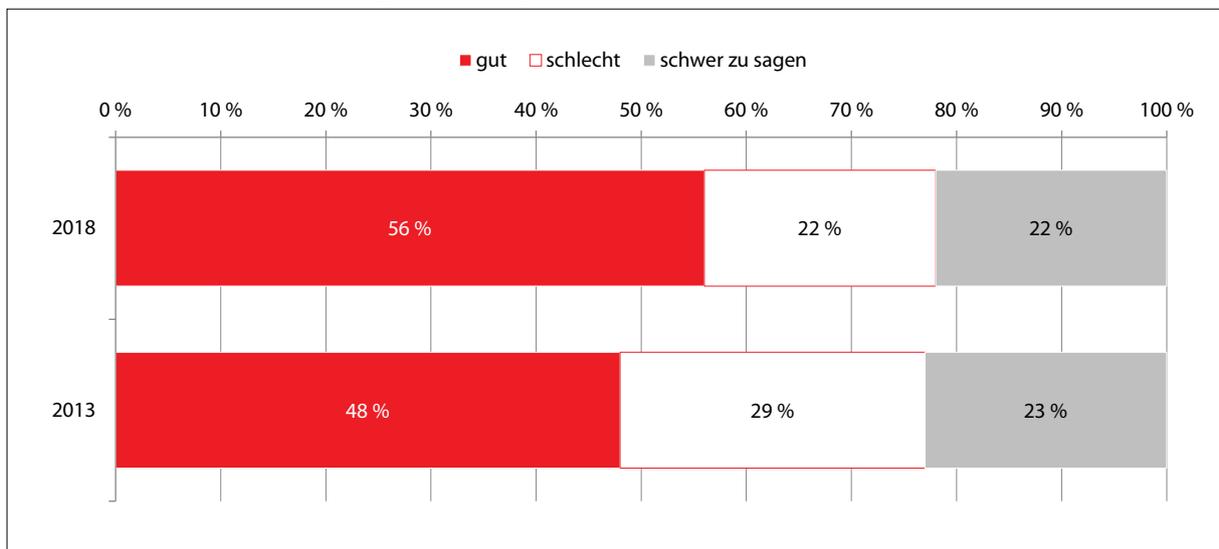
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2018

Grafik 3: Wie würden Sie die Tätigkeit der folgenden Institutionen bewerten?



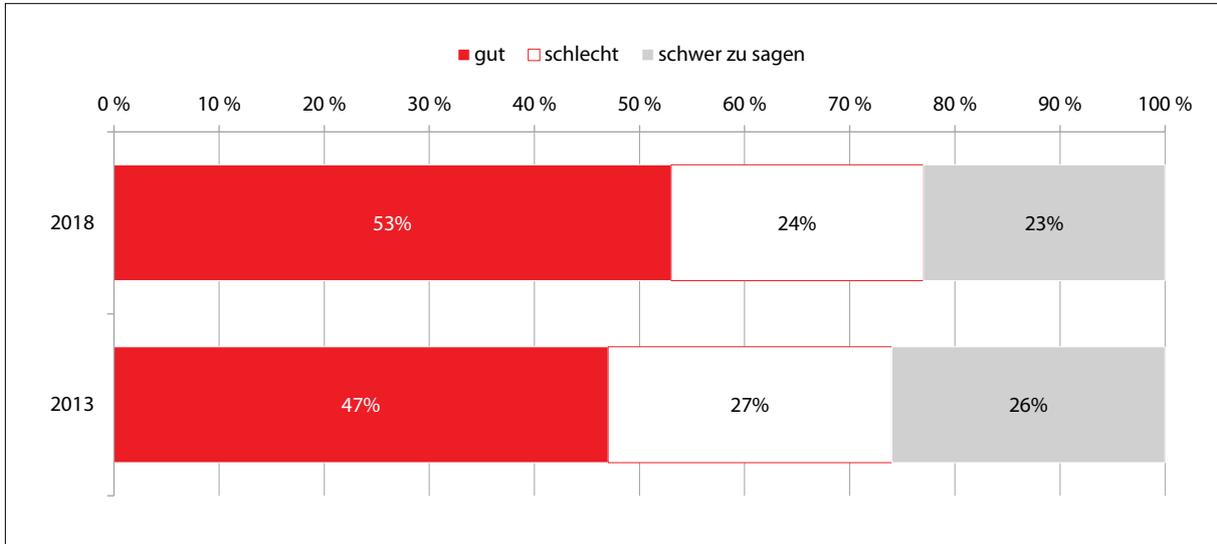
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2018

Grafik 4: Wie würden Sie die Tätigkeit des Europäischen Parlaments beurteilen?



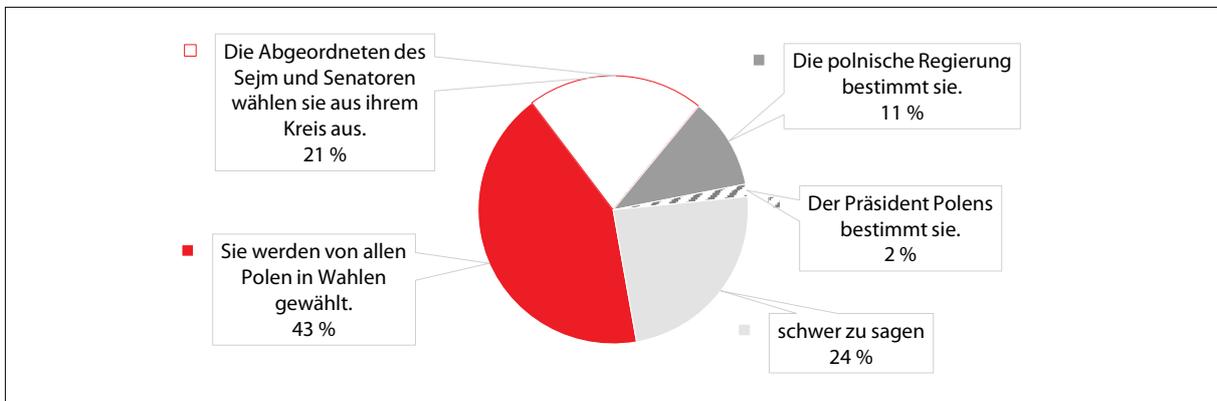
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2013 und 2018

Grafik 5: Wie würden Sie die Tätigkeit der Europäischen Kommission beurteilen?



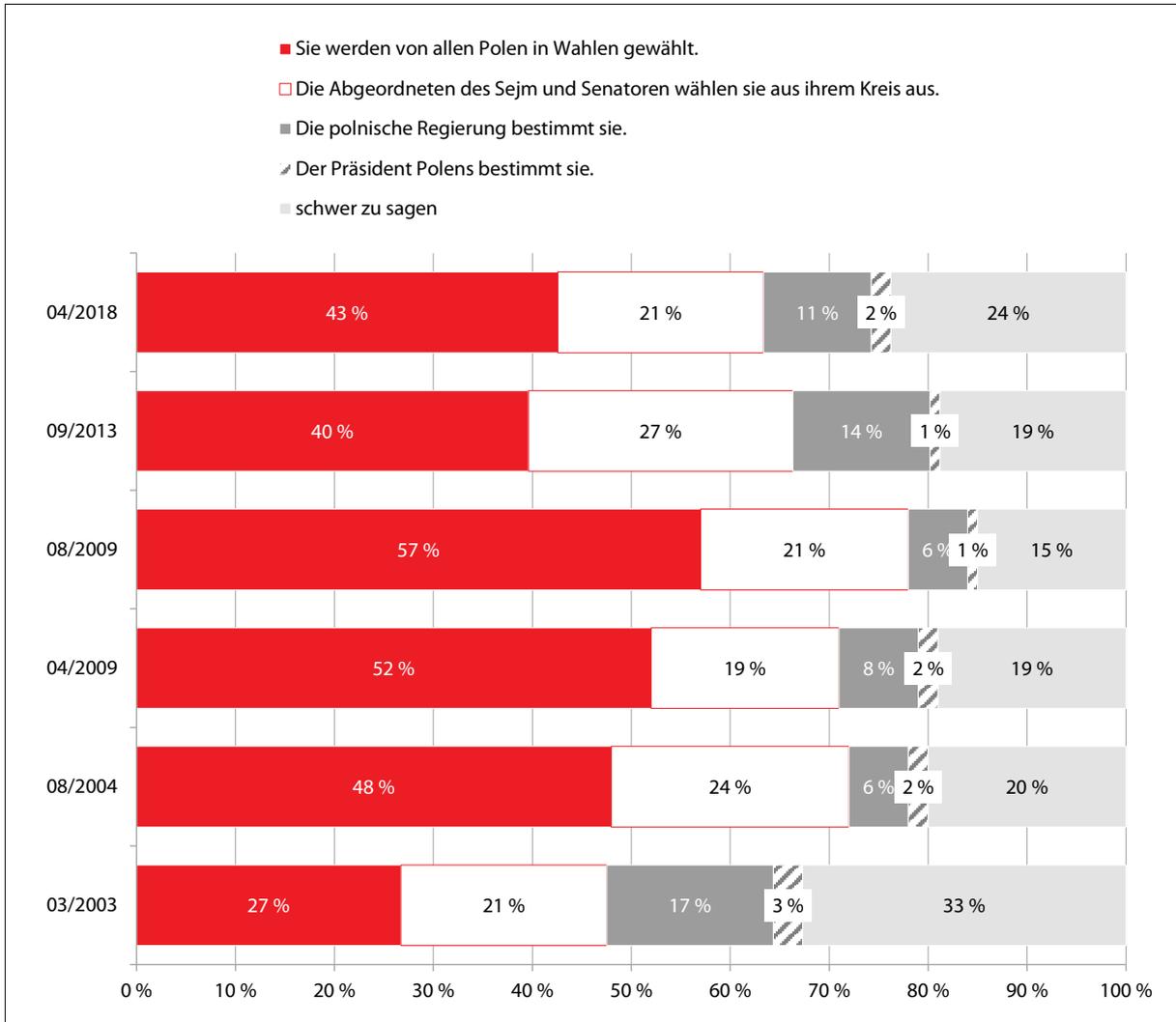
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2013 und 2018

Grafik 6: Wie werden in Polen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt?



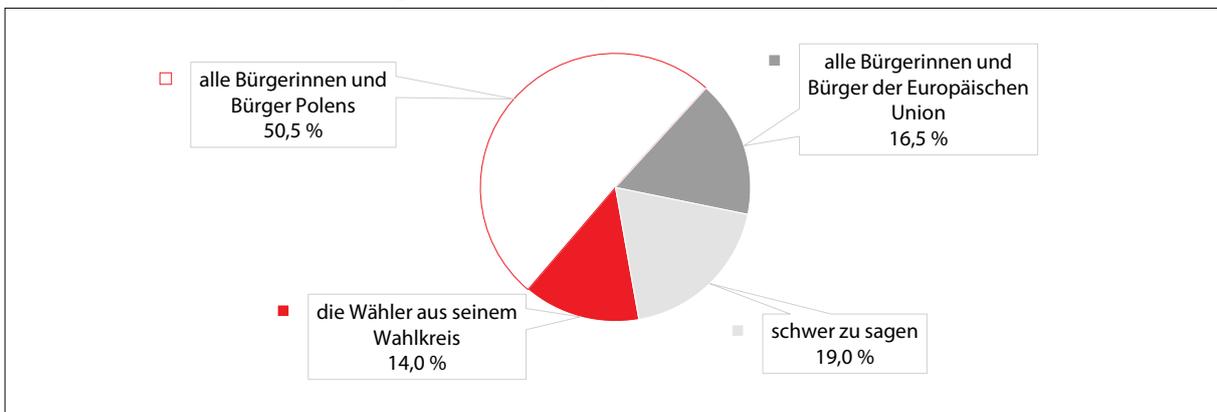
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2018

Grafik 7: Wie werden in Polen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt?



Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2003, 2004, 2009, 2013 und 2018

Grafik 8: Wen repräsentiert der Abgeordnete des Europäischen Parlaments?



Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2018

2. – 15. Oktober 2018

02.10.2018	In Warschau demonstrieren nach Angaben der Organisatoren ca. 20.000 Angestellte der uniformierten Dienste und übermitteln Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Präsident Andrzej Duda eine Petition. Sie fordern bessere Arbeitsbedingungen, Gehälter und Renten, um die Berufe wieder attraktiver zu machen. Andernfalls sei die innere Sicherheit in Gefahr.
03.10.2018	Nach einer hitzigen Debatte lehnt der Sejm das Misstrauensvotum gegen Bildungsministerin Anna Zalewska mit 226 Stimmen ab. Dafür stimmten 166 Abgeordnete, 15 enthielten sich. Der Antrag war von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) eingereicht worden, die der Ministerin vorwirft, dass nach der Einführung der Schulreform Schulgebäude und Lehrpläne überfüllt seien.
04.10.2018	Der Sejm verabschiedet mit 229 Stimmen bei 197 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen das Gesetz über die Arbeitnehmerkapitalpläne. Es handelt sich um ein freiwilliges Programm zur zusätzlichen privaten Altersvorsorge, bei der auch der Staat und der Arbeitgeber Beiträge beisteuern.
05.10.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) kommentiert Tonbandaufnahmen von sich aus dem Jahr 2015, die seit Anfang der Woche in den Medien veröffentlicht werden. Dies sei ein Angriff, der zeige, dass die Gegner der PiS Angst vor ihr hätten. Er werde vom Weg der Verbesserung der Republik, den das PiS-Lager geht, nicht abweichen. Die im Herbst 2015 von der PiS gewonnenen Parlamentswahlen seien ein Segen gewesen. Hintergrund ist die sog. Abhöraffaire, bei der Gespräche von hochrangigen Politikern und Managern in einem Warschauer Restaurant von Kellnern aufgenommen worden waren. Sie hatte die damalige Regierungskoalition aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) stark belastet und war einer der Gründe für ihre Stimmverluste bei den Parlamentswahlen 2015 gewesen. Von Morawiecki, der damals Vorsitzender der Bank BZ WBK war, werden nun Aussagen veröffentlicht, dass er informell einige zehntausend Zloty zur Unterstützung des damaligen Schatzministers Aleksander Grad angeboten sowie seine Bereitschaft bei der Vermittlung einer Arbeit für den Sohn des PiS-Abgeordneten Ryszard Czarnecki signalisiert habe.
06.10.2018	Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates und ehemaliger Ministerpräsident Polens, appelliert in seiner Rede auf der Konferenz »Die Rolle der Kirche im Prozess der europäischen Integration« in Krakau (Kraków) mit Blick auf das 100. Jubiläum der Unabhängigkeit Polens (11. November) an die polnischen Politiker, ihre Streitigkeiten beizulegen. Wenn es ihnen gelänge, am 100. Jahrestag gesprächsbereit und versöhnt über die kommenden 100 Jahre für Polen nachzudenken, wäre dies wertvoller als spektakuläre Feierlichkeiten.
06.10.2018	Der ehemalige Ministerpräsident Aleksander Kwaśniewski äußert sich in einem Fernsehinterview besorgt über die aktuell tiefsten Spaltungen in der polnischen Gesellschaft seit 30 Jahren. Diese seien eine der größten Gefahren für Polen und eine der größten Anklagen an die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Ein wesentliches Problem der PiS sei, dass ihre europaskeptische Haltung nicht mit der proeuropäischen Einstellung der großen Mehrheit der Bevölkerung übereinstimme. Die PiS störe, dass die EU nicht nur Geld gebe, sondern auch für Werte kämpfe. Interesse an der Desintegration der EU hätten aber auch Politiker wie der russische Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Donald Trump.
08.10.2018	Justizminister Zbigniew Ziobro (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) teilt auf einer Pressekonzferenz mit, die aktuelle Untersuchung der Reprivatisierung von Immobilien in Warschau in den Jahren 2010 bis 2015 habe Korruptionsvorwürfe in Höhe von ca. 47 Mio. Zloty und Betrugsvorwürfe in Höhe von ca. 13 Mio. Zloty ergeben. Beschuldigte seien hohe Beamte der Warschauer Stadtverwaltung unter der Stadtpräsidentin Hanna Gronkiewicz-Waltz (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) und Juristen. Die Anklageschrift sei dem Kreisgericht in Warschau am selben Tag übergeben worden. Bereits im März war eine Anklage in der sog. Reprivatisierungsaffäre eingereicht worden.
09.10.2018	Die Regierung beschließt ein Projekt zur Wärmeisolierung von Gebäuden und dem Austausch von Kohleöfen mit dem Ziel, die Luftverschmutzung in stark betroffenen Städten zu reduzieren. In den Jahren 2019 bis 2024 sollen dafür über 800 Mio. Zloty bereitgestellt werden, unter anderem aus einer Abgabe, die der Handel für die Abgabe von Plastiktüten entrichten muss.
10.10.2018	Im Zuge der umstrittenen Justizreform ernannt Präsident Andrzej Duda 27 neue Richter für drei Kammern des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy), die Strafkammer (1), die Zivilkammer (7) und die Kammer für Außerordentliche Kontrolle (19). Ende September hat die Europäische Kommission im Zusammenhang mit vorzeitigen Entlassungen von Richtern in den Ruhestand und Neubesetzungen am Obersten Gericht beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine Klage gegen Polen eingereicht. Dessen Urteil wird im kommenden Jahr erwartet.

11.10.2018	Krzysztof Szczerski, Chef der Präsidialkanzlei, sagt den Medien am Rande des zweitägigen Gipfels der Präsidenten der Visegrád-Gruppe (Slowakei, Tschechien, Polen, Ungarn) in Štrbské Pleso (Slowakei), es bestehe Übereinstimmung darin, dass sich die EU-Institutionen zu stark in innerpolitische Angelegenheiten einmischen würden, wie beispielsweise in Ungarn und Polen. Die Einmischungen seien nicht durch den EU-Vertrag gerechtfertigt und hätten zur Folge, dass sich die EU-Institutionen eigenständig Kompetenzen einräumen würden. Als diejenigen Staaten, die von der Einheit der EU profitieren, und als Vertreter sehr proeuropäisch eingestellter Gesellschaften hätte die Visegrád-Gruppe das Recht und die Pflicht, über die Defizite der europäischen Integration zu sprechen.
12.10.2018	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates verabschiedet eine Resolution, in der Russland auf Grundlage des »Chicagoer Abkommens« über die internationale Zivilluftfahrt aufgefordert wird, Polen unverzüglich das Wrack von der Flugzeugkatastrophe bei Smolensk (2010) zurückzugeben. Die bisherige Verweigerung der Rückgabe sei ein Rechtsmissbrauch und vermehre in Polen die Spekulationen, dass Russland bei dem Flugzeugabsturz etwas zu verbergen habe.
13.10.2018	In Lublin findet ein »Marsch der Gleichheit« statt, an dem laut Polizeiangaben ca. 1.500 Personen teilnehmen. Gegen die Gegendemonstranten der rechten Szene, die den Marsch massiv blockieren, setzt die Polizei Tränengas und Wasserwerfer ein. Es kommt zu Festnahmen, sowohl Gegendemonstranten als auch Polizisten werden verletzt. Am Vortag hat das Berufungsgericht in Lublin entschieden, dass der Marsch stattfinden soll. Stadtpräsident Krzysztof Żuk (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) hatte ihn sowie die Gegendemonstration zuvor wegen Sicherheitsbedenken verboten.
15.10.2018	Krzysztof Szczerski, Chef der Präsidialkanzlei, sagt in einem Zeitungsinterview, dass eine ständige Stationierung US-amerikanischer Truppen in Polen die defensive Antwort auf den Ausbau der militärischen Präsenz Russlands an der NATO-Ostflanke sei. Ein »Fort Trump« in Polen müsse kein »Fort Putin« in der direkten Nachbarschaft der NATO nach sich ziehen.
15.10.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki spricht sich in einem Zeitungsinterview dafür aus, auch der Ehefrau des amtierenden Präsidenten der Republik Polen ein Gehalt zu zahlen. Die Funktion entspräche einer Vollzeit-anstellung und führe gewöhnlich dazu, dass der eigentliche Beruf nicht mehr ausgeübt wird.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2018 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

